



## Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

## SPD will Rot-Rot nach der Bundestagswahl

### Arbeit in der Koalition wird schwieriger

**Die Ereignisse der vergangenen Woche zeigen: Die SPD lässt sich immer stärker von der Linkspartei treiben und bereitet die Öffentlichkeit gezielt auf eine Zusammenarbeit mit der LINKEN nach der Bundestagswahl vor.**

Insbesondere zeigt das Verhalten der SPD bei der Wiederwahl des Bundespräsidenten die eklatante Führungsschwäche innerhalb der SPD. Über Wochen lobten führende Sozialdemokraten Horst Köhler. Fraktionschef Struck schloss noch im März die Aufstellung eines eigenen Kandidaten, der auf die Linkspartei angewiesen wäre, ausdrücklich aus. Statt also als Regierungspartei gemeinsam mit uns den Horst Köhler wiederzuwählen, haben sich die Sozialdemokraten nach langem Hin und Her nun entschlossen, eine eigene Kandidatin zu nominieren. Diese hat bereits angekündigt, dass sie auf eine Unterstützung durch die Linkspartei setzt. Die SPD bereitet damit nicht nur ein rot-rotes Bündnis im Bund vor. Aus reiner Parteipolitik und Machttaktik stellt sich die SPD auch gegen die große Mehrheit der Bevölkerung, indem sie den beliebten und geachteten Bundespräsidenten abwählen will. Nach einer aktuellen Umfrage begrüßen rund drei Viertel der Deutschen eine Wiederwahl des Bundespräsidenten, 85 Prozent sind zufrieden mit seiner Arbeit. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion freuen uns, dass Bundespräsident Köhler für eine zweite Amtszeit zur Verfügung steht, und sichern ihm unsere volle Unterstützung zu.

Das Verhalten der SPD-Fraktionsführung und die Nominierung einer eigenen Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten belasten die Koalition in erheblicher Weise. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erwarten jedoch mit Recht, dass die Politiker sie und

ihre Probleme in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen und nicht sich selbst. Auch wenn die Umstände mit unserem Koalitionspartner deutlich schwieriger geworden sind, wollen wir unser Land anständig regieren und die begonnenen Projekte zu Ende führen.

Daher wollen wir am Ziel des ausgeglichenen Haushalts festhalten: Die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung trägt schon jetzt die Handschrift der Union. Zum ersten Mal seit fünf Jahren haben wir 2007 wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorgelegt. Wir haben die Neuverschuldung auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung gesenkt. Wir müssen nun Kurs halten und diese erfolgreiche Politik fortsetzen, damit wir 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Klar ist aber auch: Sobald wie möglich müssen wir gerade die Bürgerinnen und Bürger der Mittelschicht entlasten, die mit ihren Steuern und Sozialabgaben wesentlich zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben beitragen. Das darf jedoch nicht zu Lasten der Haushaltskonsolidierung gehen. Schon heute betragen die jährlichen Zinszahlungen des Bundes rund 40 Milliarden Euro. Geld, das für zukunftsweisende Investitionen und Steuersenkungen fehlt. Wir dürfen unsere finanziellen Spielräume nicht weiter einengen und unseren Kindern nicht noch höhere Belastungen auferlegen. Entlastungen, die die kommenden Generationen belasten, mögen aktuell zwar populär sein, sie sind aus Verantwortung für die nächste Generation aber der falsche Weg. Auch unsere Beschäftigungspolitik werden wir fortsetzen. Bestehende Spielräume müssen wir aber nutzen. So deuten alle Zahlen darauf hin, dass eine weitere Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung unter 3% schon bald möglich ist.

## Zitat

«Wenn die SPD der Ansicht ist, dass Frau Schwan so toll ist, dann soll sie sie doch zur Kanzlerkandidatin nominieren - das würde einige andere Probleme der deutschen Sozialdemokratie wahrscheinlich gleich mitlösen.» (FDP-Generalsekretär Dirk Niebel)

### **60 Jahre Israel**

In dieser Woche würdigten wir mit der Debatte „60 Jahre Israel“ das Jubiläum des Staates Israel. Unser Ziel ist es, die Beziehungen zu Israel, die immer besondere Beziehungen sein werden, auszubauen und zu intensivieren. Ausdruck der besonderen Verantwortung Deutschlands ist auch unser Eintreten für das Existenzrecht Israels und unsere Bemühungen um eine Lösung des Nahost-Konflikts, um einen dauerhaften Frieden zwischen Israel, dem palästinensischen Volk und den anderen Nachbarn in der Region zu erreichen. Dabei muss auch der Wunsch der Palästinenser beachtet werden, in einem lebensfähigen eigenen Staat zu leben.

### **Betreuung für Kinder unter drei Jahren**

Der Bundestag begann mit den Beratungen zum Kinderförderungsgesetz, in dessen Zentrum der Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren steht. Ziel ist ein Betreuungsangebot für 35% der Kinder unter drei Jahren zu erreichen. Ab dem 1. August 2013 wird ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom ersten bis dritten Lebensjahr eingeführt. Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder nicht in Tageseinrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (zum Beispiel Betreuungsgeld) eingeführt werden. Der Bund beteiligt sich in einem ersten Schritt mit vier Milliarden Euro zu einem Drittel an den Ausbaurkosten.

### **Reform der gesetzlichen Unfallversicherung**

Mit dem in erster Lesung debattierten Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz (UVMG) erfolgt eine umfassende Organisationsreform der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Organisationsstrukturen werden an die veränderten Wirtschaftsstrukturen angepasst und die Verwaltungsstrukturen modernisiert. Hierzu wird die Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften auf neun, die Zahl der landesunmittelbaren Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand auf einen Träger je Land reduziert. Zwischen den gewerblichen Berufsgenossenschaften wird die Lastenverteilung unter Berücksichtigung des in den vergangenen Jahren eingetretenen Strukturwandels neu gestaltet. Damit wollen wir die solidarische Lastentragung stärken.

### **Arbeitsmarkt weiter positiv**

Der Aufschwung setzt sich fort, die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt unvermindert an. Im Mai 2008 ist die Zahl der Arbeitslosen auf 3,283 Mio. gesunken, gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 529.000 und der niedrigste Wert seit 15 Jahren. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr erneut um 631.000 auf 27,23 Mio. angestiegen, dabei entfällt deutlich mehr als die Hälfte des Zuwachses auf Vollzeitstellen. Im Drei-Jahres-Vergleich zu Rot-Grün ist die Arbeitslosigkeit seit dem Frühjahr 2005 um über 1,5 Mio. gesunken, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat um über 1 Mio. Stellen zugelegt. Inzwischen kommt der Aufschwung am Arbeitsmarkt immer stärker auch den Langzeitarbeitslosen und Arbeitnehmern mit einfachen Qualifikationen zugute. Natürlich liegen nicht alle dieser über 1 Mio. geschaffenen Stellen im Hochlohnbereich. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt gibt aber auch bislang arbeitsmarktfernen Personen eine Perspektive.

### **Kein Podium mehr für Gregor Gysi**

In einer aktuellen Stunde waren sich am Mittwoch Sprecher von Union, SPD, FDP und Grüne einig, dass der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Gregor Gysi, zu Recht der engen Zusammenarbeit mit der Stasi zu Lasten seiner damaligen Mandanten beschuldigt wird und für das Parlament untragbar ist. Der Immunitätsausschuss hatte schon 1998 die inoffizielle Stasi-Mitarbeit Gysis festgestellt. Auch die Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen Marianne Birthler hält es eindeutig für erwiesen, dass Gysi als IM wesentlich und willentlich die Stasi unterrichtet habe. Gysis Taktik, sich selber als von der SED verfolgt darzustellen ist ein böser und unverzeihlicher Schlag ins Gesicht aller Opfer des SED-Unrechtsregimes. Solange nicht alle Vorwürfe gegen ihn restlos geklärt sind, ist es ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber den Opfern, ihm keine öffentliche Plattform mehr zu gewähren. Bei aller gebotenen Abwägung sollten die öffentlich-rechtlichen und die privaten Sender ihm kein Podium der Selbstdarstellung mehr bieten.